

Aargau

Abriss Aargau

Machtdemonstration mit der Abrissbirne

Beim Budget 2026 setzt die rechte Mehrheit im Grossen Rat auf ideologischen Abbau statt auf Verantwortung. Die Beinahe-Streichung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes steht exemplarisch für ihre Politik, die rücksichtslos die neue Macht durchsetzt.

Rolf Schmid, Mia Jenni und Alain Burger, Präsidium der SP-Fraktion

Die Arbeiten am Kinder- und Jugendhilfegesetz waren bereits weit fortgeschritten. Die Anhörung war für 2026 geplant. Trotzdem stimmten SVP, EDU und FDP einem Streichungsantrag zu, der in der zuständigen Fachkommission bereits diskutiert und abgelehnt worden war. Sie taten dies trotz der klaren Argumente der Bildungsdirektorin aus ihren eigenen Reihen und trotz der geschlossenen Warnungen aller anderen Fraktionen.

Nur dank des enormen Engagements von Parteien, Verbänden, Institutionen und von über 8000 Menschen, die innert kurzer Zeit eine Petition unterzeichneten, konnte dieser Entscheid korrigiert werden. Öffentlich erklärte die SVP anschliessend, man sei vom

Antrag überrascht worden und habe «blind» der FDP vertraut. Verantwortung gegenüber Parlament, Regierung und Bevölkerung sieht anders aus. So wird Vertrauen in politische Prozesse verspielt.

Kürzen ohne Wirkung, Abbau ohne Plan

Die Budgetdebatte offenbart ein klares Muster: Leistungen mit geringer Steuerbarkeit werden zusammengestrichen, was zwangsläufig zu Budgetüberschreitungen führen wird. Gleichzeitig werden reale Probleme ignoriert. Im Fricktal gehen bei Novartis gerade 550 Stellen verloren, das Aargauer Parlament kürzt gleichzeitig bei der Wirtschaftsförderung. Schüler:innen scheitern am Login für ihr Schul-Tablet, gespart wird bei der Schul-informatik. Weitere Kürzungen treffen Menschen mit Behinderungen, die Hochschulen, Fördermittel des Kuratoriums, Ergänzungsleistungen, Umwelt- und Biodiversitätsschutz und die Verkehrsinfrastruktur. Beim Personal beschränkt sich die bürgerliche Mehrheit auf blosse Systempflege (vorgegebene Lohnschritte entlang einer Verordnung) – und dem

Staatspersonal will man nicht einmal diese zugestehen. Lehrer:innen, Polizist:innen und alle weiteren Kantonsangestellten erhalten gemäss Beschluss der FDP/SVP-Mehrheit das absolute Minimum.

Abbau aus Ideologie – trotz voller Kassen

Der Kanton Aargau hat in den letzten acht Jahren gute Jahresabschlüsse erzielt. Fehlbeiträge wurden abgebaut, die Ausgleichsreserve ist gut gefüllt, die Pro-Kopf-Ausgaben gehören schweizweit zu den tiefsten. Es wäre höchste Zeit gewesen, die Abbaumassnahmen aus der Haushaltssanierung der 2010er-Jahre rückgängig zu machen und gezielt in den Kanton und seine Menschen zu investieren.

Stattdessen senkt die bürgerliche Mehrheit die Steuern mit Geld aus den Reserven, die gesetzlich klar zur Abfederung wirtschaftlicher Schwankungen reserviert wären. Sie senkt Steuern trotz wegfallender Einnahmen aus dem Eigenmietwert, trotz einer nicht ertragsneutralen Steuerreform und trotz milliardenschwerer Investitionen in neue Mittel- und Berufsfachschulen. Die Folgen kennen wir aus der Vergangenheit bestens: Fehlende Einnahmen und noch mehr Kürzungen! Die Verantwortung dafür tragen SVP, EDU und FDP. Deshalb konnten und wollten wir als SP diesen Abriss nicht mittragen und haben das Budget 2026 abgelehnt.

#Abriss.Aargau

Folge dem Instagram-Konto @abriss.aargau – dort zeigen unsere Grossrät:innen, was die Finanz- und Abbaupolitik im Aargau für die Menschen bedeutet – betroffen sind (fast) alle.

«Arbeit muss sich lohnen» – ein irreführender Titel

Am 8. März 2026 stimmen wir über die Initiative der Jungen SVP und der Jungen FDP «Arbeit muss sich lohnen» ab. Der Titel täuscht: Die Vorlage bringt Menschen in Not, in noch prekärere Lebenslagen, sie schafft Armut.



Lea Schmidmeister,
Grossrätin SP Aargau,
Wettingen

Was nach Leistungsanreiz klingt, ist in Wahrheit ein pauschaler Sozialabbau. Nach zwei Jahren Sozialhilfebezug soll der Grundbedarf automatisch um mindestens 5 Prozent gekürzt werden – unabhängig von der individuellen Lebenslage. Zwar sind gewisse Gruppen ausgenommen, doch die Kürzung trifft viele Menschen, die ohnehin kaum Handlungsspielraum haben.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Menschen ohne berufliche Ausbildung sowie solche mit gesundheitlichen Problemen. Betreuungspflichten, fehlende Qualifikationen oder prekäre Arbeitsmarktsituationen verschwinden nicht mit pauschalen Kürzungen, auch wird niemand gesund davon.

Sozialhilfe ist ein Auffangnetz – keine Hängematte

Das wohl schlagkräftigste Argument für die Ablehnung: Kinder und Jugendliche stellen rund ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden. Auch wenn sie formal ausgenommen sind, trifft die Kürzung ihre

Familien direkt und verschärft die Kinderarmut.

Die Sozialhilfe sichert das verfassungsmässige Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Sie ist das letzte Auffangnetz, wenn Einkommen, Ersparnisse oder Sozialversicherungen nicht ausreichen. Der Grundbedarf liegt bereits heute unter dem Niveau anderer Sozialleistungen und erlaubt nur eine sehr bescheidene Lebensführung mit minimaler sozialer Teilhabe. Verschärft wird dies durch unrealistische Mietzinsrichtlinien in vielen Gemeinden, die den knappen Grundbedarf zusätzlich belasten.

Ziel der Sozialhilfe ist die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Dieses Ziel wird nicht durch Druck oder pauschale Kürzungen erreicht, sondern durch gezielte Unterstützung, Bildung und stabile Lebensverhältnisse.

Mehr Bürokratie, mehr Rechtsstreit – kein Nutzen

Entgegen der Behauptung der Initiant:innen braucht es keine neuen Sanktionen. Schon heute können Sozialbehörden Auflagen verfügen

und bei Nichteinhaltung den Grundbedarf um bis zu 30 % kürzen oder Leistungen einstellen. Wer eine zumutbare Arbeit oder ein Beschäftigungsprogramm verweigert, wird bereits sanktioniert. Die Initiative verschärft jedoch Konflikte zwischen Betroffenen und Behörden. Mehr Kürzungen bedeuten mehr Einsprachen, mehr Rekurse und mehr Rechtsunsicherheit für die Betroffenen. Und ja: Der Kanton Aargau unterstützt Rechtsberatungsstellen wie beispielsweise die UFS finanziell nicht. Auch die Caritas muss sparen, und das HEKS hat die Beratungsstelle für Armutsbetroffene aus finanziellen Gründen bereits 2018 eingestellt. Wer macht denn diese komplexen Einsprachen kostenlos?

Der Verband der Aargauischen Gemeindesozialdienste hält fest, dass Sozialhilfeausgaben und Langzeitbezüge rückläufig sind. Die Initiative bringt keinen Nutzen, verursacht aber zusätzliche Kosten – ohne die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Was da gefordert wird ist kontraproduktiv, ungerecht und rechtsstaatlich fragwürdig. Die Initiative schafft Armut statt Lösungen. Was fehlt, sind passende Arbeitsplätze, Betreuungslösungen und ausreichende Beratungsressourcen in der Sozialhilfe.



**Kampagne mit
einer Spende
unterstützen**

**NEIN zur Kürzungs-Initiative
am 8. März**

Familien gefährden?

NEIN zur Initiative «Arbeit muss sich lohnen»

sozialhilfekuerzungnein.ch

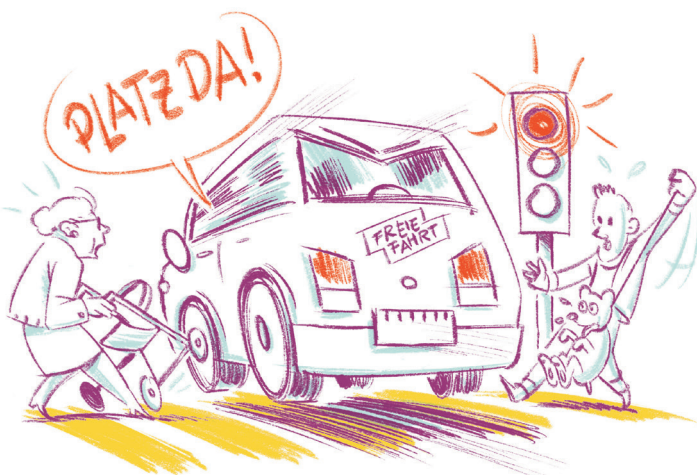


«Blitzer-Initiative» – kein Produkt von Blitz- gescheiten



Martin Brügger,
Mitglied der Grossratskommission
Umwelt, Bau, Verkehr und
Raumordnung (UBV), Brugg

FREIE BAHN
FÜR RASEREI?
NEIN!
ZUR BLITZER-INITIATIVE



Ich bin nur selten mit dem Auto unterwegs. Typischer Mobility-Fahrer eben. Meist bin ich eher ein rollendes Verkehrshindernis, weil ich mich pedantisch an die Tempolimiten halte. Und trotzdem: Auch mir ist es schon passiert.

Geblixt – und trotzdem für klare Regeln

Mitten in der Nacht war ich im Wahlkampfeinsatz unterwegs – das Auto beladen mit SP-Plakaten, Kabelbindern, Seitenschneider und Stirnlampe. Das Mobility-Auto musste an den Standplatz zurück, aber die letzten Plakate sollten unbedingt noch montiert werden. Also: schnell fertig machen, nichts wie zurück – frühmorgens um 02.50 Uhr. Dann ein kurzer heller Blitz – zack, erwischt. Ausgerechnet in Turgi. Das nervt.

Der Ärger war allerdings kurz. Ja, selbst schuld. Zu schnell ist zu schnell.

Genau hier setzt die sogenannte «Blitzer-Initiative» an, die vorgibt, einen angeblichen «Blitzer-Wildwuchs» verhindern zu wollen, natürlich im Namen der Verkehrssicherheit. Sofern es diesen Wildwuchs überhaupt gibt. Allein schon der Begriff verrät, wie unsäglich populistisch diese Volksinitiative der jungfreisinnigen Schnösel daherkommt.

Konkret wird unter anderem verlangt, dass stationäre Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen künftig vom Regierungsrat bewilligt werden müssen. Dieser habe dabei zu prüfen, ob am vorgesehenen Standort ein «erhebliches Verkehrssicherheitsdefizit» bestehe. Übersetzt heisst das: Gemeinden sollen entmündigt werden, wenn sie ihre Tempolimiten durchsetzen wollen.

Eine Initiative für Raserei, nicht für Sicherheit

Eigentlich handelt es sich um eine Trötzler-Initiative. Im Kern geht

es darum, Schnelfahrer:innen vor Strafen zu bewahren. Dafür ist man bereit, die Gemeindeautonomie gleich mit über Bord zu werfen. Mit Verkehrssicherheit hat das wenig zu tun – was auch nicht erstaunt. Es sind dieselben Kreise, die regelmässig gegen Tempo-30-Zonen wettern. Suggestiert wird, Geschwindigkeitskontrollen dienten einzig dazu, «unbescholtene» Autofahrer:innen zu schikanieren und abzuzocken. Gemeinden wird unterstellt, sie würden mit Blitzern hemmungslos Kasse machen. Dass Tempolimiten in erster Linie dem Schutz aller Verkehrsteilnehmenden dienen, wird elegant ausgeblendet.

Regierungsrat und Grosser Rat senden ein gefährliches Signal

Besonders stossend: Der Regierungsrat unterstützt die im September 2024 eingereichte Aargauische Volksinitiative «Blitzerabzocke stoppen!» auch noch. Eine knappe Mehrheit der Grossratskommission für öffentliche Sicherheit (SIK) sowie der Grosse Rat folgten ihm und empfehlen die Initiative ebenfalls zur Annahme. So präsentieren sich die aktuellen politischen Mehrheitsverhältnisse im Aargau.

Wer für Verkehrssicherheit einsteht, die Autonomie der Gemeinden ernst nimmt, Raserei nicht toleriert und Verkehrssünder zur Rechenschaft ziehen will, muss diese Initiative klar und deutlich ablehnen. Hoffentlich merkt das Stimmvolk, wer hier eigentlich hinter dem Steuer sitzt.



Kampagne mit
einer Spende
unterstützen

Zwischen Analyse und Auftrag

Verantwortung der SP Aargau in bewegten Zeiten



Stefan Dietrich,
Grossrat SP Aargau,
Bremgarten

Der Krieg in Israel und Gaza lässt niemanden unberührt. Die Bilder von Gewalt, Leid und Zerstörung wirken weit über den Nahen Osten hinaus. Auch im Kanton Aargau zeigen sich die Folgen: in emotionalisierten Debatten, Verunsicherung und einem Anstieg antisemitischer wie auch antimuslimischer Vorfälle.

Eine kürzlich durchgeführte Bildungsveranstaltung innerhalb der SP Aargau hat gezeigt, wie gross das Bedürfnis nach Einordnung und Austausch ist. In den vergangenen Monaten – nicht zuletzt auch an den Parteitage der SP Schweiz und der SP Aargau – wurde intensiv, engagiert und teilweise sehr emotional über den Nahostkonflikt diskutiert. Diese Debatten machen deutlich, wie stark das Thema bewegt. An der Veranstaltung standen insbesondere Begrifflichkeiten, Akteure und Kommunikationsstrategien im Zentrum. Das war wichtig, denn Sprache prägt die Wahrnehmung, und vereinfachende Narrative befeuern Polarisierung. Gleichzeitig wurde deutlich: Analyse allein genügt nicht. Was weitgehend fehlte, war die Frage nach konkreten politischen Strategien im Aargau – nach dem, was wir hier und jetzt tun können und müssen.

Antisemitismus entsteht nicht aus dem Nichts

Für die SP Aargau ist klar: Antisemitismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit haben keinen Platz

– weder in unserer Partei noch in unserer Gesellschaft. Jüdinnen und Juden sowie Musliminnen und Muslime dürfen nicht für internationale Konflikte verantwortlich gemacht werden, auf die sie keinen Einfluss haben. Der Schutz von Minderheiten ist keine abstrakte Haltung, sondern eine konkrete politische Aufgabe.

Gerade im Aargau wohnt dieser Verantwortung eine besondere historische Dimension inne. In Endingen und Lengnau – der Wiege des Schweizer Judentums – bestand über Jahrhunderte hinweg ein kontinuierliches jüdisches Gemeindeleben, oft unter Bedingungen von Ausgrenzung und Sonderrechten. Diese Geschichte verpflichtet uns. Sie zeigt, wie zentral Wissen, historisches Bewusstsein und politische Bildung für den Schutz von Minderheiten sind. Antisemitismus entsteht nicht aus dem Nichts; er gedeiht dort, wo Geschichte vergessen oder verzerrt wird. Gleichzeitig gilt unsere Solidarität auch unseren Mitbürger:innen muslimischen Glaubens, die seit Jahren Zielscheibe populistischer Angriffe, pauschaler

Verdächtigungen und Diskriminierungen von rechts sind. Wer es mit gesellschaftlichen Zusammenhalt ernst meint, darf keine Minderheit gegen eine andere ausspielen.

Für eine differenzierte Haltung und konkrete politische Antworten

Auch im Blick auf den Nahostkonflikt selbst braucht es eine Haltung, die differenziert und mehrheitsfähig ist. Für uns Sozialdemokrat:innen sind Menschenrechte universell und unteilbar. Sie gelten für Israelis ebenso wie für Palästinenser:innen. Terror, Gewalt gegen Zivilist:innen, kollektive Bestrafung und die Missachtung des humanitären Völkerrechts sind immer zu verurteilen – unabhängig davon, von wem sie ausgehen. Eine einseitige Parteinahme wird der Komplexität dieses Konflikts nicht gerecht und trägt nicht zu einer Lösung bei.

Gerade hier liegt eine Stärke der SP: Unsere Partei versteht sich als Brückenbauerin. Unsere Aufgabe ist es, friedensorientierte Kräfte zu stärken, Dialog zu ermöglichen und politische Lösungen zu unterstützen, die auf Sicherheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit für alle Menschen abzielen. Diese Haltung gilt auch innerparteilich. Eine lebendige SP lebt von Vielfalt, vom respektvollen Streit und davon, Spannungen auszuhalten, ohne auszugrenzen.

Die genannte Veranstaltung und die Parteitage Debatten waren wichtige Schritte. Der nächste muss sein, die Diskussion zu vertiefen: weg von reiner Analyse, hin zu konkreten politischen Antworten im Aargau – und zu einer gemeinsamen Haltung, die unsere Grundwerte stärkt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

Agenda

SP Kanton Aargau

12. Februar 2026

Neumitgliederanlass in Aarau

24. März 2026

«Bern Direkt» – Frühlingssession,
ein gemeinsamer Rückblick, in Suhr

Parolen der SP Aargau Abstimmungen vom 8. März 2026

Nein zur Initiative der Jungen
SVP «Arbeit muss sich lohnen»

Nein zur Initiative
«Blitzerabzocke stoppen!»